

Avanti ²

Theoriebeilage
COVID-19:
Europäische
Erklärung der IV.
Internationale

ISO Rhein-Neckar

COVID-19 tötet Gesundheitsschutz für alle statt neue Bomber!



1. Mai 2015 in Mannheim.

Foto: helmut-roos@web.de.

INHALT

TITEL

01 CORONA-KRISE
Leben oder Profite?

EDITORIAL/INHALT/CORONA-KRISE

02 PANDEMIE 1
Corona und kein Ende

CORONA-KRISE

03 PANDEMIE 2
Bomber statt Masken?

04 PANDEMIE 3
Aktionsplan jetzt!

05 PANDEMIE 4
Welche Ursachen?

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,
vielleicht werden Ihr fragen: Corona und kein Ende?
Ja, leider ist es so.

Durch die Corona-Krise werden die sozialen, politischen, moralischen und wirtschaftlichen Widersprüche des Kapitalismus noch schärfer umrissen. Gut dotierte Berufspolitiker wie Gauland, Lindner, Palmer oder Schäuble tragen mit ihrem zynischen Gerede über die Relativierung von Menschenleben das Ihre dazu bei. Sie sprechen offen aus, um was es den Herrschenden geht. Die Profitmaschine muss wieder zum Laufen gebracht werden. Koste es, was es wolle.

In dieser Ausgabe von *Avanti*² steht also erneut die Auseinandersetzung mit COVID-19 und seinen Auswirkungen im Zentrum.

Warum werden die Ursachen von Pandemien nicht offensiv angegangen? Für welche Forderungen im Kampf gegen das tödliche Corona-Virus können wir aktuell eintreten? Wie steht es um den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz? Wie kann politische Bildungsarbeit unter den gegebenen Umständen gelingen? Das sind einige der Fragen, auf die wir in der Mai-Ausgabe unserer Zeitung Antworten suchen.

Besonders empfehlen möchten wir Euch unsere Theoriebeilage. Sie enthält eine sehr lesenswerte Analyse der Corona-Krise aus Sicht der europäischen Organisationen der IV. Internationale.

Passt auf Euch auf und bleibt gesund!

Eure Redaktion

INHALT

BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

06 PANDEMIE 5
Betriebsräte im Corona-Stress

07 PANDEMIE 6
Gesundheitsschutz in Frankreich?

RÜCKBLLENDE/TERMINE

08 PANDEMIE 7
Solidarität mit Geflüchteten

12 TERMINE

THEORIEBEILAGE

01 COVID-19
Europäische Erklärung der IV.
Internationale - Was tun?

„Corona und kein Ende? Was tun?“

R. G.

Unter diesem Titel führte die ISO-Gruppe Rhein-Neckar am 24. April 2020 ihren zweiten Video-Diskussionsabend zum Thema „Corona“ durch. Diesmal hatten sich mehr Menschen als beim ersten Mal zugeschaltet.

Im Einleitungsreferat setzte sich der Referent mit der weltweiten Entwicklung und den sozialen Folgen der Pandemie auseinander. Als Antwort auf die „Corona-Krise“ schlug er einen „Gesellschaftlichen Aktionsplan“ aus Sofortmaßnahmen vor, mit dem die Pandemie und deren Folgen erfolgreich bekämpft werden könnten.

Dieser Aktionsplan enthielt unter anderem folgende Punkte: Die umfassende Versorgung aller Bevölkerungsgruppen mit Information und Schutzausrüstung, die umfassende Umsetzung der Arbeits- und Gesundheitsschutzgesetze, die sofortige Verbesserung der personellen und materiellen Krankenhausversorgung, im Falle von Kurzarbeit die Weiterzahlung der Löhne aus den Gewinnen der letzten Jahre und danach ein Kurzarbeitergeld von 100%, das Verbot von Entlassungen ...

Die Diskussion drehte sich diesmal weniger um die Einschätzung der Pandemie, sondern mehr um die konkrete Umsetzung des Gesundheitsschutzes in Schulen, Betrieben und Öffentlichkeit. Nicht zuletzt ging es auch um die Frage, wie, angesichts von Pandemie und eingeschränkter Versammlungsfreiheit, die politische Aktionsfähigkeit wiederhergestellt werden kann. Zum Beispiel wie öffentliche Aktionen (Demon-

strationen usw.) durchgeführt werden können. Als ein mögliches Datum für eine öffentliche Kundgebung wurde der 1. Mai 2020 genannt.

Erneut hat sich gezeigt, dass solche Online-Diskussionen in der aktuellen Situation notwendig und fruchtbar sind. Sie bieten einen kleinen, aber „kollektiven“ Rahmen, um der politischen Vereinzelung entgegenzuwirken. ■



Bomber statt Gesundheitsschutz?

H. N.

Die Bundesregierung feiert sich wegen ihrer „Erfolge“ in der COVID 19-Bekämpfung. Aber sind offiziell bisher rund 6.500 Tote und 160.000 Erkrankte bei 82 Mio. EinwohnerInnen hierzulande ein „Erfolg“? Südkorea etwa meldet 11.000 Infizierte und 250 Tote bei 52 Mio. EinwohnerInnen.

Die Bundes- und die Landespolitik hat nicht nur 6 Wochen zu spät auf die Pandemie reagiert. Sie hat den vorbeugenden Katastrophen- und Gesundheitsschutz nach 1990 durch „Sparpolitik“ weitgehend zerstört. Das Gesundheitssystem hat sie durch Privatisierungen schwer geschädigt. Sie hat nicht die Einhaltung des seit 1996 geltenden Arbeitsschutzgesetzes durchgesetzt. Und jetzt hat sie auch noch auf Druck von Wirtschaftskreisen viel zu früh „Lockerungen“ genehmigt.

Das alles ist eine Missachtung des Grundgesetzes: „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.“ (Art. 2, Abs. 2 GG.)

Diese zynische Politik muss aufgearbeitet werden, und die Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

Milliarden für Konzerne – Bomber statt Gesundheitsschutz?

Die Bundesregierung will jetzt 135 neue Bomber kaufen, darunter 30 Flieger vom Typ F 18 für den Einsatz von Atomwaffen. Zur Pandemiebekämpfung werden sie allerdings nicht taugen.

Die bisherige deutsche Corona-Politik hat ein Volumen von rund 1.000 Mrd. €. Sie nutzt vor allem den Konzernen.

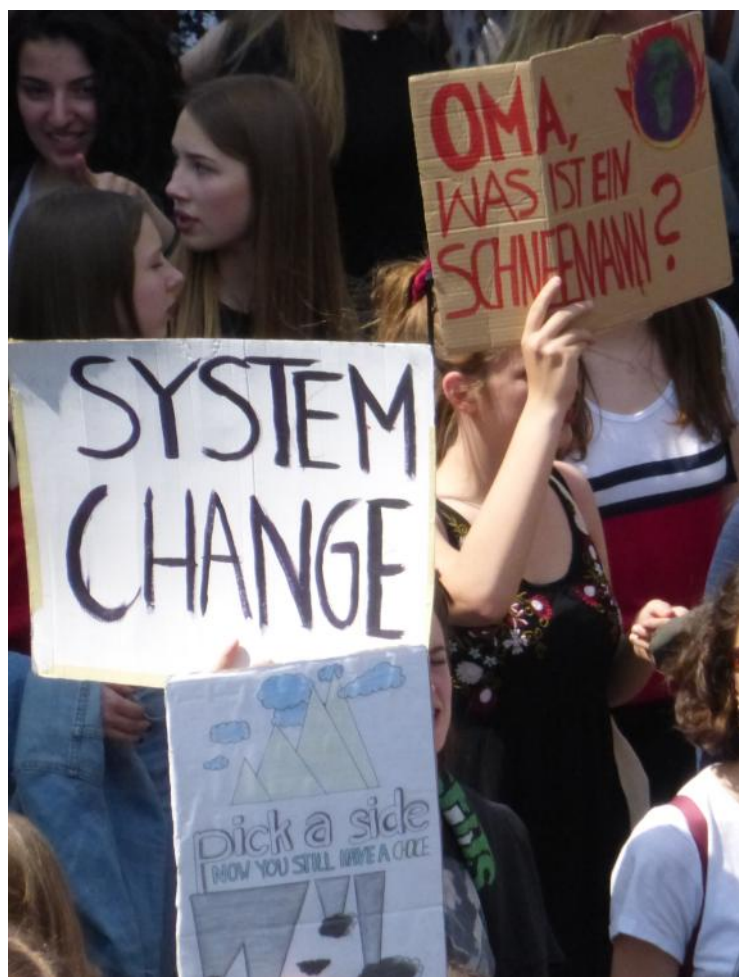
Zwingend erforderlich ist jedoch, den größtmöglichen Gesundheitsschutz aller Menschen sicherzustellen (Masken, Schutzanzüge, Tests, Desinfektionsmittel etc.). Diese dringend notwendige Investition kostet rund 15 Milliarden €. Sie kann einen erneuten „Lockdown“ verhindern. Die neuen Kriegsflugzeuge sollen rund 20 Milliarden € kosten (inklusive Zusatzkosten zum Beispiel für neue Infrastruktur). Der Wahnsinn hat also Methode.

Irrsinn stoppen

Auch deshalb sagen wir Nein zu der von Politik und Kapital angestrebten Abwälzung der gesundheitlichen, politischen, sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Krisenfolgen auf die große Mehrheit. Die Reichen und die Konzerne müssen zahlen!

Und deshalb sagen wir Ja zum Aufbau einer solidarischen Front über alle Organisations-, Bereichs- und Staatsgrenzen hinweg.

Nur internationale Solidarität kann im Kampf gegen die Corona-Pandemie Grenzen überwinden und wirksame Hilfe leisten. Nur gemeinsamer Widerstand kann den Irrsinn der Herrschenden stoppen und Alternativen jenseits des Kapitalismus vorbereiten. ■



FFF-Demo in Mannheim am 24. Mai 2019.

Foto: Avanti²

Gesellschaftlicher Aktionsplan gegen Corona-Krise

H. N.

Bereits in der letzten Ausgabe von *Avanti*² haben wir unseren Aktionsplan gegen die Corona-Krise vorgestellt. Wir haben ihn inzwischen weiter diskutiert und aktualisiert. Ein gesellschaftlicher Aktionsplan gegen COVID-19 muss konsequent durchgesetzt und ständig weiterentwickelt werden.

Eine entschlossene Bekämpfung der Corona-Pandemie sollte auf drei Ebenen erfolgen:

1. Nachvollziehbarer Gesundheitsschutz für alle:

- Sichere Masken/Visiere für alle! Strikter Arbeitsschutz überall – vor allem aber in Pflege-, Dienstleistungs-, Handels-, Industrie- und Verkehrsbereichen.
- Stopp der Erzeugung von nicht lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen solange kein realer ArbeiterInnen-schutz für die Beschäftigten wirkt. Nur so kann die Ausbreitung von COVID-19 zusätzlich begrenzt werden.
- Wirksamer Gesundheitsschutz insbesondere für die am meisten benachteiligten Menschen (HeimbewohnerInnen, Obdachlose, Geflüchtete und Illegalisierte). Niemand darf zurückgelassen werden!
- Preiskontrolle und Enteignung von Firmen, die mit Gesundheitsschuttmitteln Wucher treiben.
- Umgehendes Auflegen eines staatlich geförderten, bundesweit und international koordinierten und gesellschaftlich kontrollierten Forschungsprogramms für Impfstoffe und Medikamente gegen COVID-19. Außerdem sofortige Entwicklung und Umsetzung eines Produktionsprogramms für ausreichende und wirksame Testverfahren, persönliche Schutzausrüstungen (Masken, Handschuhe, Schutzbrillen bzw. -visiere, Schutzkleidung), Desinfektionsmittel und Beatmungsgeräte.
- Selektionsmechanismen (wie Triage) verbieten. Intensivbettenzahl an Steigerung von Covid-19-Erkrankungen anpassen. Akutversorgung von Erkrankten durch ausreichendes Fachpersonal sichern.
- Gesundheit darf keine Ware mehr sein! Vergesellschaftung wesentlicher Bereiche der Gesundheits- und Pharmaindustrie gemäß Artikel 14 und 15 GG unter demokratischer Kontrolle.

2. Soziale Verbesserungen durchsetzen:

- Insbesondere für die Beschäftigten in der Pflege müssen schnell wirksame soziale Verbesserungen umgesetzt werden: Ausreichende Neueinstellungen im Alten- und Krankenpflegebereich. 1.000 € Corona-Zulage für alle und sofort, 15 € Mindestlohn, dauerhafte Erhöhung der Monatseinkommen um mindestens 500 €, reguläre Arbeitsverhältnisse für alle!
 - Statt Kurzarbeitergeld erhalten Beschäftigte zunächst eine uneingeschränkte Entgeltfortzahlung aus den Gewinnen von profitablen Unternehmen und von Großaktionären. Anschließend erhalten sie Kurzarbeitergeld in Höhe des bisherigen Entgelts.
- Es gilt ab sofort ein Verbot von Entlassungen.
Das Existenzminimum von prekär Beschäftigten und selbst-

ständig Tätigen ist umgehend und unbürokratisch zu sichern. Die Finanzierung erfolgt aus einer Solidaritätssteuer von 20 % auf alle Geldvermögen über 1 Million Euro.

- Aussetzen von Sanktionen, Stromsperrungen und Zwangsraumungen, Anhebung des Regelsatzes, Bereitstellen von Hotelzimmern und Wohnungen für Menschen ohne Wohnraum.
- Ausbau von Frauenhäusern und Kinderbetreuung für Opfer sexueller und anderer Gewalt.

3. Verteidigung und Ausbau der Grund- und Menschenrechte!

Statt Stellvertreterpolitik im Staat, der Gewerkschaft und im Betrieb weiter hinzunehmen, treten wir für Eigenaktivität und demokratische Selbstorganisation ein. Jetzt ist es an der Zeit, sich besser zu vernetzen und solidarisch zu organisieren. Gemeinsames Engagement im Stadtteil, im Betrieb und in den Gewerkschaften ist dringend erforderlich. Den neoliberalen und rechten Lügen müssen wir verständliche Aufklärung auf möglichst breiter Ebene entgegensetzen.

- Wir treten deshalb für die Bildung und Vernetzung von aktiven Solidaritätsstrukturen in den Stadtteilen, Bildungseinrichtungen und Betrieben ein.
- Die Ursachen und das Ausmaß der Corona-Krise in Deutschland müssen öffentlich aufgearbeitet werden.
- Wir treten für Verteidigung und Ausbau unserer Grund- und Menschenrechte ein.
- Wir schlagen deshalb allen in diesem Sinn handlungsbereiten Kräften die Entwicklung einer kontinuierlichen Zusammenarbeit vor! ■



Foto: *Avanti*².

Warnstreik am Uni-Klinikum Heidelberg, 25. Januar 2018.

Corona und Co.

Wie kommen Epidemien in die Welt?

MICHAEL KOHLER

Seit drei Monaten dreht sich alles um die Corona-Pandemie. Seltsam dünn ist aber die Auseinandersetzung mit deren Ursachen. Vor allem ist wenig zu hören über das Entstehen des Virus und die Übertragung auf Menschen. Dabei geht es hier um die Frage aller Fragen: Wie können künftig solche Pandemien verhindert werden?

Die WHO hat die aktuelle Flut der Berichterstattung als „Infodemie“ bezeichnet. In der Tat trägt sie zunehmend Züge einer Desinformation, die von den Verursachern und den Nutznießern der Pandemie ablenkt.

Industrielle Tieraussbeutung

Im Hintergrund der Pandemie steht die industrielle Tieraussbeutung. Sie wird von besonders mächtigen Konzernen der Agrar-, Chemie-, Pharma- und Nahrungsmittelbranche gefördert. In diesen Sparten werden meist überdurchschnittliche Profite und Wachstumsraten erzielt. Wirtschaftsminister Altmaier nennt sie „Champions“. Sie werden wegen ihrer hohen Gewinne – nicht nur von der deutschen Regierung – besonders unterstützt und geschützt.

Die industrielle Massentierhaltung fördert die Entstehung neuer Zoonosen (Infektionskrankheiten), die sich zu Pandemien entwickeln können. Der Virologe Christian Drosten wies bereits im April 2018 darauf hin. Er sagte, dass Massentierhaltung ein Brutreaktor für die Entstehung neuer Keime ist und bei uns die Grippewellen durch die industrielle Schweinehaltung angetrieben werden.

Zu Herkunft von COVID-19 führte er aus: „Das Virus verbreitet sich dort, wo Tiere gezüchtet werden. Und Händler gehen an solche Orte [wie den Markt in Wuhan].“

In den letzten 30 Jahren ist die Anzahl außergewöhnlicher Krankheitsausbrüche durch Zoonosen stark angestiegen. Rund zwei Drittel aller Infektionskrankheiten, die erstmals bei einem Menschen diagnostiziert werden, stammen ursprünglich von Tieren.

Zerstörung von Ökosystemen

Dennis Carroll, ehemaliger Leiter des US-Pandemie-Frühwarnsystems PREDICT, wird von Medien inzwischen als „der Mann“ bezeichnet, „der die Pandemie kommen sah“. Carroll hat eine sehr klare Meinung davon, wie die Viren auf Menschen überspringen: „Die wichtigste Ursache für das Übergreifen von Viren liegt in der Transformation von Ökosystemen durch eine Änderung der Landnutzung. Deren wichtigster Faktor ist wiederum die Rinderhaltung und -produktion. Hinzu kommt die Herstellung von Nahrungsmitteln für diese Rinder [...]. Wenn wir unseren Proteinbedarf weiter auf die bisherige Weise decken – und hier spielt Rindfleisch eine große Rolle – wird die Gefahr des Virenübergreifens rasant wachsen.“

Es hängt von drei Faktoren ab, wie gefährlich ein Virus ist. 1. Wie infektiös er ist und wie schnell er sich ausbreitet, 2. wie lange seine Inkubationszeit ist, und 3. wie schwer die von ihm ausgelöste Erkrankung und die Mortalität ist.

Das Coronavirus SARS-CoV-2 ist hoch infektiös. Es ist aber wissenschaftlich noch nicht genau erforscht. Der schlimmste Fall ist ein hoch infektiöses Virus mit einer langen Latenz – das ist der Zeitraum von der Ansteckung bis zu dem Zeitpunkt, an dem der

Angesteckte infektiös wird – und einer hohen Sterblichkeit. Eine solche Kombination ist nicht unwahrscheinlich. Unter den Bedingungen der Massentierhaltung und der Zerstörung natürlicher Lebensräume im Dienst der Agrarindustrie kann sich jederzeit ein Erreger entwickeln, der alle drei dieser Gefahrenmerkmale aufweist. Die Opferzahlen einer dadurch ausgelösten Pandemie könnten unvorstellbar hoch sein.

Pandemien aus Profitgier

Allein die Zahl der Tiere in Massentierhaltung treibt die Entwicklung neuer Krankheitserreger voran. 94 % aller auf der Erde lebenden Säugetiere sind Nutztiere, 95 % davon befinden sich in Massentierhaltung.

Nur 6 % der Säugetiere sind sogenannte Wildtiere. Es gibt derzeit etwa 70 Milliarden Nutztiere, über 60 Milliarden werden pro Jahr geschlachtet und verzehrt. Hunderte Millionen Tiere wurden in den letzten Jahren aufgrund immer häufiger auftretender Seuchen getötet.

Die Öffentlichkeit hat sich derart an solche Massentötungen gewöhnt, dass sie kaum noch Aufmerksamkeit erregen. Auch die Verkaufszahlen brechen nicht oder nur vorübergehend ein. Hoffentlich lehrt uns jetzt die Corona-Pandemie, dass jede Massentötung von Tieren ein Vorbote ist für das Massensterben von Menschen.

Der Virologe Rob Wallace, Autor des Buches *Big Farms Make Big Flu*, formuliert eine düstere These: „Im Namen der Bevölkerung, der sie angeblich dienen, sind Agrarkonzerne und Regierungen willens und dazu in der Lage, das Ende der Menschheit, wie wir sie kennen, zu riskieren.“

Konzernmacht brechen

Die Prävention künftiger Pandemien ist eine sehr komplexe Aufgabe. Es geht um den Aus- und Umbau von Gesundheitssystemen im Sinne des Gemeinwohls, um Impfungen, die Beeinflussung von Ausbreitungswegen und vieles mehr.

Aus den Erfahrungen der Pandemien der letzten Jahrzehnte und aus den Forschungen von Christian Drosten, Dennis Carroll, Rob Wallace und vielen anderen folgt aber auch: Keine Präventionsstrategie wird Aussicht auf Erfolg haben, solange die Massentierhaltung sowie die Macht der Agrarindustrie und der Nahrungsmittelindustrie bestehen bleibt.

Prävention künftiger Pandemien mit sehr vielen Millionen Opfern heißt: Massentierhaltung beenden und die Macht der großen Agrar- und Nahrungsmittelkonzerne brechen.

[Unter www.freie-radios.net ist die Langfassung dieses Beitrags abrufbar.] ■

Betriebsarbeit in Zeiten der „Corona-Pandemie“ (Teil I)

Ein Gespräch mit Betriebsrätinnen und Betriebsräten*

Seit Wochen sind die COVID-19-Pandemie und die damit verbundenen Einschränkungen die vorherrschenden Themen. Andere Probleme scheint es nicht mehr zu geben. Für uns Grund genug, mit KollegInnen aus Chemie-, Metall- und Speditionsunternehmen über die aktuelle betriebliche Situation zu reden.

Ist Euer Unternehmen von der „Corona-Krise“ betroffen?

Heiko: Bei uns merkt man derzeit noch nichts von der Krise. In Teilbereichen gibt es jetzt sogar mehr Aufträge als vorher.

Tom: Wir wickeln die Logistik für einen großen Auftraggeber ab. Das läuft noch ganz gut. Aber wenn der Auftraggeber Kurzarbeit machen sollte, dann stehen auch wir vor Kurzarbeit oder Entlassungen.

Clara: Wir hören von der Unternehmensleitung eigentlich seit Jahren dieselbe Leier – die Gewinne sind zu niedrig und die Kosten zu hoch. Jetzt fehlen angeblich Gewinne wegen der Corona-Krise. Wahrscheinlich wird es Kurzarbeit geben.

Kevin: Der Betrieb steht noch gut da. Allerdings ist unklar, ob die globalen Lieferketten weiter funktionieren. Es kann also dennoch zu Kurzarbeit kommen.

Wird das Virus vom Management ernst genommen?

Clara: Anfangs nicht. Nachdem wir jedoch den ersten „Corona-Fall“ hatten, hat sich das geändert. Die Unternehmensleitung will keine Infektionswelle im Unternehmen, denn dann würde es wirklich stillstehen.

Kevin: Bei uns war es ähnlich.

Heiko: Wir hatten noch keine Infektion. Anfangs war Corona ein „chinesisches Problem“. Aber langsam wurde klar, dass dies nicht stimmt. Die Konzernleitung hat als erste reagiert und danach auch die Standortleitung.

Tom: In unserer Niederlassung gab es noch keinen Fall. Aber im Konzern schon. Viele von uns arbeiten im Rahmen von Werkverträgen in anderen Firmen. Daher ist die Situation sehr unterschiedlich.

Werden im Unternehmen Maßnahmen umgesetzt?

Clara: Die meisten Büro-Beschäftigten wurden ins „Homeoffice“ geschickt. Besprechungen werden als Video- oder Telefonkonferenz durchgeführt. In Produktion, Instandhaltung und Logistik wurden „Infektionsschutzmaßnahmen“ angeordnet. Zum Beispiel muss auf den Mindestabstand

geachtet oder eine Maske getragen werden, Pausen werden getrennt gemacht, Umziehen und Duschen wurden verboten. Also Punkte, die auch aus Sicht des Arbeitsschutzes problematisch sind.

Kevin: Auch bei uns wurden Maßnahmen verordnet. Fast schon panisch und kopflos. KollegInnen wurden ins Homeoffice geschickt. Manche mussten sogar ihren Büro-PC selbst abbauen und mitnehmen. Alles ohne vorherige Zustimmung des Betriebsrates. Die Besprechungen, zumindest die in der Verwaltung, werden per Telefon- oder Videokonferenz durchgeführt. Für die Produktion wurden Masken und „Spuckvisiere“ besorgt.

Das hört sich so an, als ginge jetzt der Arbeits- und Gesundheitsschutz doch vor Produktion und Gewinn? Stimmt das?

Clara: Nein, leider nicht. Es geht letztendlich nur darum, dass Produktion, Einkauf und Vertrieb weiter funktionieren. Bei uns gibt es Arbeiten, bei denen kannst du keinen Abstand halten oder dauerhaft eine Maske tragen. Selbst bei „Homeoffice“ ist es egal, ob die Arbeitsplätze den Anforderungen genügen. Hauptsache es läuft.

Kevin: Die Frage ist wohl eher ein Scherz. Allein wenn ich an die Umsetzung des Arbeitsschutzes und der Gefährdungsbeurteilung in den letzten Jahren denke, wird mir schlecht. Das Thema ist für die Geschäftsführung ein rotes Tuch. Die sind der Meinung, dass das viel zu viel Geld kosten und der Betriebsrat damit nur in die Entscheidung des Betriebes eingreifen würde. Das ist jetzt auch nicht anders. Natürlich müssen sie jetzt handeln. Aber denen geht es nur um den Fortgang der Produktion. Und am besten ohne Mitbestimmung des Betriebsrates. Wenn man die Gesundheit voranstellen würde, müsste die Produktion wahrscheinlich eingestellt werden.

Tom: Wir sind im Grunde verpflichtet, die Vorgaben und Maßnahmen des Auftraggebers umzusetzen. Das heißt, die Infektionsschutzmaßnahmen müssen eingehalten werden, aber gleichzeitig müssen die Aufträge erledigt werden. Und am Ende geht das vor den Gesundheitsschutz, auch wenn etwas anderes behauptet wird.

* [Die Fragen stellte U.D., die Namen der KollegInnen wurden geändert.] ■



Torblockade bei Alstom Mannheim, 16. April 2014.

Foto: helmut-roos@web.de.

Frankreich

Arbeiten in der Corona-Krise

B. S.

In Frankreich finden derzeit zahlreiche Auseinandersetzungen um die Arbeitsbedingungen von Beschäftigten statt. Sie sind über die Grenzen hinweg von Bedeutung. Wir berichten im Folgenden über Amazon France und andere Unternehmen.

Das zweitinstanzliche Urteil des Berufungsgerichts Versailles vom 24.04.2020 zu Amazon France befasst sich mit der Gesundheitsgefährdung von Lohnabhängigen während der Corona-Krise. Der Amazon-Konzern hatte Berufung gegen das erstinstanzliche Urteil des Gerichts von Nanterre vom 14. April 2020 eingelegt.

Verpflichtender Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz

Im Kern läuft das Berufungsurteil darauf hinaus, dass Amazon sich nicht seiner Verantwortung für Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz entziehen darf. Der Konzern bleibt verpflichtet, für alle abhängig Beschäftigten eine „Risikobewertung“ (Gefährdungsanalyse) ihrer jeweiligen Arbeitsplätze unter den Bedingungen der Pandemie durchzuführen. Die betreffenden Gefährdungsrisiken müssen in allen sechs Logistikzentren von Amazon France erfasst werden, für die zuvor die Arbeitsinspektion (eine Art Gewerbeaufsicht) Versäumnisberichte erstellt hatte. Insgesamt ist Amazon France an 23 Standorten in Frankreich tätig.

Zusätzlich hebt das Urteil hervor, dass bislang in mehreren Fällen das Beschäftigten-Vertretungsorgan CSE (Comité social et économique - „Wirtschafts- und Sozialausschuss“) an den betreffenden Standorten rechtswidrig nicht angehört wurde.

Das Berufungsgericht urteilte folgerichtig, dass zuerst vor dem CSE jedes betroffenen Standorts die Risikobewertung darzulegen und diese mit ihm zu debattieren ist. Erst danach können die dazu gehörigen Richtlinien vom Unternehmen verabschiedet werden.

Im Unterschied zum erstinstanzlichen Urteil aus Versailles vom 14.04.2020 wird Amazon jedoch gestattet, eine breitere Auswahl von Dienstleistungen anzubieten. Laut dem erstinstanzlichen Urteil durfte der Konzern während der Dauer der Ausgangsbeschränkungen nur Güter des Grundbedarfs (Nahrungsmittel und medizinische Artikel wie Fieberthermometer) ausliefern.

Das Berufungsurteil fügt dem nun eine größere Produktpalette hinzu, auch wenn es die Breite der Angebote ebenfalls einschränkt.

Ein zweiter Unterschied im Vergleich zum erstinstanzlichen Urteil liegt darin, dass die zweite Instanz ein geringeres, pro Verstoß gegen das Urteil fälliges Strafgeld festsetzt (100.000 statt zuerst 1 Mio. €).

Sowohl die Presse als auch die Reaktion der klagenden Gewerkschaftsvereinigung Union syndicale Solidaires betonen, dass Amazon auch in der Berufungsinstanz verloren habe, verurteilt bleibe und weiterhin bei Strafe Verbote einhalten müsse.

Konflikte in anderen Unternehmen

Ein weiteres Urteil fiel am selben Tag auch im nordfranzösischen Lille. Dort hatte der Gewerkschaftsdachverband CGT gegen die Supermarktkette Carrefour geklagt. Die CGT forderte

in ihrer Niederlassung in der Kleinstadt Lomme nur noch die Abteilungen für Nahrungsmittel, Hygienebedarf, Gesundheitsprodukte sowie Schreibbedarf zu öffnen, den Rest des Supermarkts – mit Ausnahme dieser Sparten – jedoch für die Dauer des „sanitären Notstands“ für den Publikumsbedarf zu schließen.

In diesem Falle unterlag jedoch die CGT. Sie soll jetzt rund 1.000 € Prozesskosten an Carrefour zahlen. Das Gericht hielt es nicht für erwiesen, dass die Öffnung oder Schließung weiterer als der genannten Abteilungen einen besonderen Einfluss auf die Gesundheitsrisiken für das Supermarktpersonal habe.

Auch in anderen Supermarktketten finden Auseinandersetzungen um den Gesundheitsschutz statt. Mit ziemlich finsternen Managementpraktiken setzt dabei insbesondere das Unternehmen Leclerc Beschäftigte unter Druck.

Auch andernorts fanden und finden Konflikte um die Öffnung oder vorläufige Nichtöffnung von Arbeitsstätten während der Fortdauer der akuten Pandemie statt.

Am 28. April 2020 wurde die Renault-Fabrik in Flins (rund sieben Kilometer westlich von Paris) wiederöffnet. Der Personaldirektor von Renault behauptete, dass in diesem Zusammenhang die ArbeiterInnen nicht unter Druck gesetzt worden seien.

Ärger gibt es auch beim einzigen Spielcasino des Raums Paris in Enghien-les-Bains mit 600 Angestellten. Dort verhinderte die Direktion dreisterweise nicht nur die Auszahlung des vollen (vom Staat bezahlten) Kurzarbeitergelds an die Beschäftigten. Sie setzte zudem Maßnahmen des Gesundheitsschutzes für die Zeit nach der Wiedereröffnung nicht um.



Protest von Kolleginnen der Gewerbeaufsicht (Inspection du travail).

Wirksamer Gesundheitsschutz auch für Geflüchtete!

M. G.

Zwei Kundgebungen setzten sich in Mannheim für die Rechte von Geflüchteten ein. „Gleicher Gesundheitsschutz für alle – auch für Geflüchtete“ forderte das Bündnis gegen Abschiebungen bei einer kleinen Kundgebung am 18.04.2020 auf dem Marktplatz. Auch wenn nur wenige Menschen dem Aufruf gefolgt waren, hatte sie eine positive Außenwirkung. Zudem war dies wahrscheinlich die erste öffentliche Aktion in der Quadratstadt seit Beginn der Einschränkungen im öffentlichen Raum.

Eine größere Versammlung der Seebrücke fand am 24.04.2020 vor der Landeserstaufnahmestelle (LEA) in der Industriestraße statt. Über 300 Menschen zeigten sich solidarisch. In mehreren Redebeiträgen schilderten Geflüchtete ihre schwierige Lage. Wirksamer Gesundheitsschutz ist in 6-Bettzimmern unmöglich. Zurecht wurde deshalb eine dezentrale Unterbringung der Geflüchteten gefordert. Die Häufung von COVID-19 Erkrankungen in verschiedenen Flüchtlingsunterkünften (Ellwangen, Ludwigshafen ...) ist ein Skandal, der vermeidbar gewesen ist. ■



„Gesundheitsschutz auch für Geflüchtete!“ in Mannheim, 18. April 2020.



Menschenkette vor der LEA Industriestraße Mannheim, 26. April 2020.

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- FR, 01.05.2020, 10:00 Uhr, Virtuelle 1. Mai-Feier des DGB
- FR, 01.05.2020, 14:00 Uhr, 1. Mai-Kundgebung auf dem Marktplatz in G1, MA
- SA, 09.05.2020, 14:00 Uhr Klima, Kapitalismus, Widerstand, Online-Konferenz der ISO
- SO, 10.05.2020, 11:00 Uhr Klima, Kapitalismus, Widerstand, Online-Konferenz der ISO
- DO, 07.05.2020, 15:00 Uhr, Telko des Überbetrieblichen Solikomitees
- DO, 21.05.2020, 15:00 Uhr, Telko des Überbetrieblichen Solikomitees
- FR, 22.05.2020, 19:00 Uhr, Virtueller ISO-Infoabend zu den Ursachen von Pandemien

Impressum:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de
Web: www.iso-4-rhein-neckar.de

